

Was gedenkt die Schweiz zu tun?

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **41 (1994)**

Heft 4: **<http://www.youtube.com/watch?v=D5E5TjkDvU0>**

PDF erstellt am: **14.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-368448>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Dringliche Einfache Anfrage zur nuklearen Entsorgung in Osteuropa

Was gedenkt die Schweiz zu tun?

Am 30. November 1993 reichte Nationalrat Martin Bindi (SPS) Chur eine Dringliche Einfache Anfrage ein, die vom Bundesrat am 22. Dezember 1993 gutgeheissen und beantwortet wurde. Bindi ist in Sorge über das gewaltige Nuklearpotential, das in der ehemaligen Sowjetunion teilweise unkontrolliert lagert und daher für ganz Europa ein Gefährdungspotential darstellt. Nachstehend der Wortlaut der Anfrage:

In Osteuropa und speziell auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion bestehen bei der Entsorgung nuklearen Materials schwere Probleme, welche für die ganze Welt von brisanter sicherheitspolitischer Bedeutung sind. Diese betreffen sowohl die atomare Abrüstung als auch die Beseitigung von Atomabfällen aus Kernkraftwerken. Russland zum Beispiel stoppte vorläufig das Vorhaben, Atom Müll ins Meer zu versenken, nur unter dem Vorbehalt, dass das Ausland bei der Entwicklung alternativer Entsorgungsanlagen behilflich sei. Die Ukraine andererseits ist nur gewillt, die nukleare Abrüstung gemäss Start-1-Vertrag vorzunehmen, wenn sie auf mehr Unterstützung und Sicherheitsgarantien der internationalen Gemeinschaft zählen kann.

Der Bundesrat wird angefragt:

1. Worin bestand das bisherige Engagement der Schweiz betreffend Unterstützung der Osteuropastaaten bei der Lösung obgenannter Probleme?
2. Die Schweiz verfügt über ein beträchtliches Wissen im Forschungs- und im technisch-industriellen Bereich der Entsorgung sowohl von Atom Müll aus Kernkraftwerken als auch von atomaren Waffensystemen. Ist der Bundesrat gewillt, Anstrengungen zu unternehmen, um Osteuropa einen grösseren Anteil an technischer und finanzieller Hilfe zukommen zu lassen?
3. Ist der Bundesrat bereit, schweizerische Experten im Nuklearbereich verstärkt Osteuropa zur Verfügung zu stellen, um dadurch einen Akzent für mehr ökologische Sicherheit in der Welt zu setzen?

Antwort des Bundesrates

Es ist sicher, dass es bezüglich der radioaktiven Abfälle in Osteuropa und in der GUS grosse Aufgaben zu erledigen gibt,

und zwar sowohl im zivilen wie auch im militärischen Bereich. Die Erfassung der Lagerorte, die Kontrolle ihrer Sicherheitsbedingungen wie auch deren Verbesserung und die Schaffung neuer Lagerungsmöglichkeiten sind Aufgaben, die es unverzüglich an die Hand zu nehmen gilt. Im weitem stellt im besonderes empfindlichen Ökosystem des Meeres gelagerter Atom Müll ein ökologisches Risiko dar, das zu ermitteln und gegebenenfalls zu vermindern ist.

Auf internationaler Ebene sind wichtige Arbeiten zur Lösung dieser Probleme im Gang. Es muss aber auch der Sicherheitszustand der alten Reaktoren dringend verbessert werden.

Der Bundesrat ist sich des Handlungsbedarfs auf diesem Gebiet bewusst. Die zuständigen Stellen haben insbesondere der Finanzierung des Gutachtens für den Bau eines Lagers für abgebrannte Brennelemente beim Atomkraftwerk Ignalina in Litauen zugestimmt. Die Kosten für diese Untersuchung beliefen sich auf 355 000 Fr. Der Bundesrat ist auch bereit, jedes neue Projekt, das zur Verbesserung der Situation auf diesem Gebiet beiträgt, in Betracht zu ziehen, sofern das Projekt von den Koordinationsstellen der osteuropäischen bzw. GUS-Regierungen unterstützt wird und es den Vorgaben der Finanzplanung des Osteuropakredites nicht widerspricht.

Es ist richtig, dass unser Land auf dem Gebiet der radioaktiven Abfälle und deren

Überwachung in der Umwelt über technische und wissenschaftliche Kompetenzen verfügt, auch über eine beschränkte Anzahl Experten, sowohl in der Privatwirtschaft wie auch bei den Bundesbehörden (HSK, PSI). Dies ist jedoch nicht der Fall für Abfälle aus der militärischen Atomindustrie.

Ausserdem darf unsere finanzielle Situation, die eine ausserordentliche Kürzung der Budgets bewirkt hat, bei der Hilfe für die osteuropäischen Länder und der GUS, nicht ausser acht gelassen werden. Das schränkt den Handlungsspielraum der Regierung ein.

Die Schweiz ist Mitglied des nuklearen Sicherheitsfonds der europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (BERD), der alle Sicherheitsbereiche der am wenigsten sicheren Kernkraftwerke zu verbessern hilft.

Eine weitergehende Unterstützung der Atomenergie mit Krediten und Experten würde die festgelegten Prioritäten im Rahmen unseres Programmes für die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Ländern und der GUS in Frage stellen. Herr Bundesrat René Felber hat anlässlich der Abstimmung über die Erhöhung des Kredites für die Zusammenarbeit um 600 Mio. Fr. gesagt: «Unsere Hilfe zugunsten von Osteuropa muss flexibel sein, sie muss den vielfältigen Bedürfnissen sowohl im Umweltbereich als auch bei der beruflichen Ausbildung entsprechen.»

Mit der neuen Zivilschutz-Armbanduhr

können Sie jetzt zeigen, dass Ihnen der Zivilschutz am Herzen liegt! Mit dieser Uhr machen Sie bestimmt gute Figur, weil sie

- Swiss made ist
- toll aussieht: rundes, schwarzes Metallgehäuse, weisses Zifferblatt, schwarze Zeiger inkl. Sekundenzeiger, schwarzes Synthetikband
- unisex ist (gleiches Modell für Damen und Herren)
- mit auswechselbarer Batterie läuft
- das genaue Datum anzeigt
- wasserdicht ist
- nicht protzig, sondern fein und gediegen auf dem Zifferblatt das Zivilschutz-Logo (blau/orange) zeigt
- nur Fr. 69.- kostet (ab 10 Stück nur Fr. 65.-).

Bestelladresse:
Schweizerischer Zivilschutzverband
Postfach 8272, 3001 Bern, Telefon 031 381 65 81

